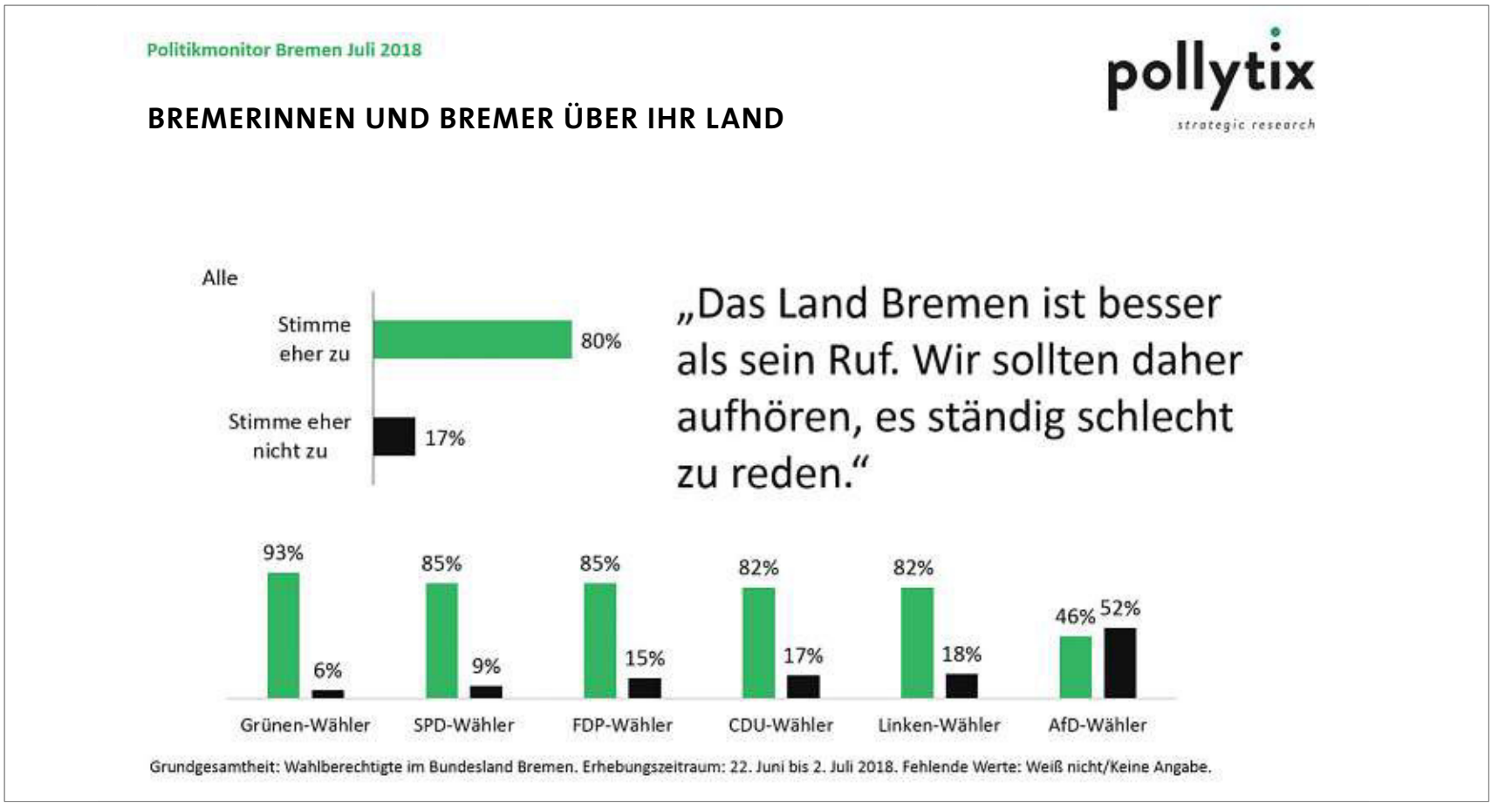
bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



DIE SPD IST DIE SOZIALE & KOMPETENTE KRAFT

WIR GEHEN MIT EINEM KLAREN PLAN IN DEN BÜRGERSCHAFTSWAHLKAMPF

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation Bremen
Obernstraße 39–43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:
Roland Pahl (V.i.S.d.P.)
Namentlich gezeichnete Beiträge werden von den Autoren verantwortet.

Seite 4: SPD-Bürgerschaftsfraktion Bremen, Matthias Koch (V.i.S.d.P.), Wachtstraße 27/29, 28195 Bremen

Pollytix strategic research hat im Auftrag der SPD vom 22. Juni bis 2. Juli 2018 eine repräsentative Befragung im Land Bremen durchgeführt. Das Ergebnis der Sonntagsfrage: SPD 28 %, CDU 24 %, Grüne 14 %, Linke 14 %, FDP 10 % AfD 8 %, Andere 2 %.

Die Menschen schätzen das tolerante, weltoffene Lebensgefühl und den sozialen Zusammenhalt in Bremen und Bremerhaven. 80 Prozent der Befragten stimmen der Aussage »Das Land Bremen ist besser als sein Ruf. Wir sollten daher aufhören, es ständig schlecht zu reden« zu. Nur unter den Anhängern der AfD findet sich eine Mehrheit, die dieser Aussage nicht zustimmt.

Bei den Themen führt mit weitem Abstand das Thema Schule/Bildung (38%), gefolgt von dem Themenkomplex Verkehr und ÖPNV (27%). Wie auch in anderen zurzeit bundesweit veröffentlichten Untersuchungen, spielt das Thema Flüchtlinge/Asyl im Land Bremen nur eine untergeordnete Rolle (20%).

Wir freuen uns darüber, dass die Menschen in Bremen und Bremerhaven sich weder von Miesmachern noch von Populisten ihre Heimat kaputtreden lassen. Uns spornt diese Umfrage an, noch besser zu werden und besonders in Schulen, Kitas sowie in die Verkehrswege und bezahlbaren Wohnungsbau weiter zu investieren. Nach Bürgermeister Carsten Sielings Erfolg bei den Verhandlungen über die Neuordnung der Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern gibt es nun endlich wieder zusätzliche finanzielle Spielräume, um Bremen und Bremerhaven in eine gute Zukunft zu führen.

Wir haben einen Kompass, wir haben einen klaren Plan, wie wir den sozialen Zusammenhalt und das Bremische Lebensgefühl auch für die Zukunft garantieren werden. Wir werden klare Botschaften zum Zusammenhalt für die Zukunft in den Fokus des Bürgerschaftswahlkampfes stellen. Alles was wir machen dient dem Ziel, eine Stadtgesellschaft (Bremen/Bremerhaven) zu schaffen, die auch in Zukunft zusammenhält.

Die inhaltlichen Säulen werden dabei die Themenfelder soziale Gerechtigkeit, Wohnen, Familie, Arbeit und Bildung sein. In Zeiten des Umbruchs braucht unser Land keine Experimente, sondern eine von der SPD geführte Regierung mit einem verlässlichen und kompetenten Bürgermeister. ■

FÜR EINE GUTE ZUKUNFT

Von Bürgermeister Carsten Sieling, Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

ZEIT FÜR MEHR INVESTITIONEN

Die SPD hat mit der rot-grünen Koalition in den vergangenen Jahren eine Menge für unser Bundesland und unsere beiden Städte erreicht. Von ganz herausgehobener Bedeutung war ganz sicher der erfolgreiche Abschluss der Verhandlungen über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Denn: erst die Verständigung mit dem Bund eröffnet Bremen und Bremerhaven nun eine gute und dauerhafte finanzpolitische Perspektive für die Zukunft. Mit 500 Millionen Euro mehr ab 2020 werden wieder mehr Investitionen in Bremen und Bremerhaven möglich.

Für mich war damit klar: Wir müssen politisch die Feder führen bei der Entwicklung einer Politik, die zeigt, wie wir die neu gewonnenen Gestaltungsspielräume bestmöglich für die Menschen in unseren beiden Städten nutzen. Deshalb hat der Senat im vergangenen Jahr auf meinen Vorschlag hin eine Zukunftskommission Bremen 2035 eingerichtet, die nun im Herbst mit einer großen Konferenz ihren Abschluss findet.

Klar ist: wir kommen aus mehreren Jahrzehnten harter Konsolidierungspolitik. Wir konnten nicht immer – und schon gar nicht immer in ausreichendem Maße – seitens des Landes und der beiden Städte das tun, was eigentlich notwendig gewesen wäre.

Angesichts des Auf- und Nachholbedarfs gilt es, die neuen Spielräume vor allem für eine positive wirtschaftliche Entwicklung und hierbei insbesondere für Investitionen in die soziale und Bildungsinfrastruktur zu nutzen. ■

FOTO: SENATSPRESSESTELLE BREMEN

Carsten Sieling ist seit Juli 2015 Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen, Senator für Kultur sowie Senator für Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften. Er war von 2004 bis 2006 Landesvorsitzender der SPD Bremen, von 2005 bis 2009 Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft sowie zwischen 2009 bis 2015 direkt gewähltes Mitglied des Deutschen Bundestages für den Wahlkreis Bremen I.

KOSTENFREIE BILDUNG AB DEM 3. LEBENSJAHR – KITAS WERDEN FÜR ALLE BEITRAGSFREI

Ab dem nächsten Kita-Jahr wird die Betreuung für alle Drei- bis Sechsjährigen für die Eltern im Land Bremen beitragsfrei gestaltet. Dieser wichtige Schritt zur vollständigen Beitragsfreiheit ist die konsequente Fortführung der bisherigen Politik des Senats, die kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Ausbildung und Studium weiter auszubauen. Schon heute sind über die Hälfte der Eltern, die ihre Kinder in einer öffentlichen Einrichtung betreuen lassen, von der Beitragszahlung befreit.

Wie in Niedersachsen wird die Beitragsfreiheit 40 Wochenstunden umfassen. Sie wird für alle Kinder ab Vollendung des 3. Lebensjahres gelten, also unabhängig davon, ob sie in einer Krippe-, in einem Kindergarten- oder von einer Tagemutter betreut werden. Davon werden zum kommenden Kitajahr in Bremen mehr als 16.000 und in Bremerhaven bis zu 3.700 Kinder und deren Eltern profitieren. ■

FOTO: SENATSPRESSESTELLE BREMEN

Unternehmensbesuch bei Vector Foiltec GmbH: Christian Röpke, Stefan Lehnert, Philipp Lehnert, Bürgermeister Carsten Sieling und Dr. Carl Maywald (von links) beim Rundgang.

NEUER SCHUB FÜR BEZAHLBARES WOHNEN

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen hat in den vergangenen Jahren entscheidende Weichen gestellt, um den Wohnungsbau anzukurbeln. In den letzten 5 Jahren wurden mit deutlich steigender Tendenz gut 9.000 Wohnungen genehmigt. Allein in der Stadt Bremen stieg im letzten Jahr die Zahl der genehmigten Wohnungen im Vergleich zum Vorjahr um gewaltige 20 Prozent auf 2.486, in der Stadt Bremerhaven um 4 Prozent auf 460.

Großprojekte wie die Überseestadt oder die Gartenstadt Werdersee kommen gut voran und auch in Bremen-Nord, beispielsweise auf dem ehemaligen Tauwerk-Gelände entstehen wieder neue Wohnungen.

Ganz besonders wichtig: Gerade im Bereich der Sozialwohnungen ist es gelungen, den negativen Trend zu stoppen. Die vom Senat beschlossene 25-Prozent-Klausel für sozialen Wohnraum hat dazu geführt, dass der Bestand vom Niedrigstand im Jahr 2015 endlich wieder ansteigen wird. Unterstützt durch bisher drei Wohnraumförderprogrammen und einem Fördervolumen von 160 Millionen Euro, wurden hierbei bislang 1.742 in der Stadt Bremen und 133 Wohnungen in Bremerhaven zur Förderung angemeldet. Darüber hinaus liegen bereits weitere Vornotierungen für knapp 1.000 weitere Sozialwohnungen vor. Und: Wir vergrößern in Bremen auch für Studierende das Wohnungsangebot massiv.

Einen neuen Schritt geht die rot-grüne Koalition auch für künftige Hausbesitzer. Wir haben ein Programm verabschiedet, das Eigentumsbildung in Gebieten mit besonderem Entwicklungspotenzial fördert. Es richtet sich insbesondere an Familien mit Kindern, die in Ortsteilen mit starker sozialer Belastung neu errichtetes Wohneigentum zur Eigennutzung oder ehemalige Gewerbeimmobilien erwerben und erstmalig zu Wohnzwecken umnutzen. ■

GRÖSSTES KITA-AUSBAUPROGRAMM IN DER GESCHICHTE DES LANDES

Bereits in den zurückliegenden vier Jahren hat der Senat gerade im Kita- und Schulbereich einen klaren politischen und finanziellen Schwerpunkt gesetzt: Für ein massives Ausbauprogramm und für die Verbesserung der Qualität in unseren Kitas- und Schulen.

Konkret wurden seit 2016 3.000 Plätze neu geschaffen. Im Kitajahr 2018/19 werden weitere 815 Plätze hinzukommen. Darüber hinaus unternimmt der Senat im Schulbereich alle Anstrengungen, um den steigenden Schülerzahlen, den Anforderungen der Inklusion und der Integration der vielen Kinder, die vor Krieg und Vertreibung zu uns geflüchtet oder nach Deutschland eingewandert sind, gerecht zu werden. Auch hierfür hat der Senat den Bildungsetat für dieses und das nächste Jahr noch einmal um zusätzliche 200 Millionen Euro aufgestockt.

FOTOS: SENATSPRESSESTELLE BREMEN

Wir gehen konsequent den Weg der Zukunftsgestaltung und der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. So hat die SPD Bremen und Bremerhaven über siebzig Jahre gestaltet. Und so werden wir es weiter machen! ■

FÜR EIN SOLIDARISCHES EUROPA

NATIONALISMUS UND PROTEKTIONISMUS SIND KEINE ALTERNATIVEN IN DER GLOBALISIERTEN WELT

Von Joachim Schuster, Mitglied des Europäischen Parlaments

Die Welt ist in Unordnung geraten. In Europa grassiert der Nationalismus in den verschiedensten Formen. Politiker profilieren sich gegen die EU mit markigem Populismus, rechtsextreme Parteien sind weiter auf dem Vormarsch, die Briten setzen auf Abschottung. Auch US-Präsident Donald Trump verfolgt eine unberechenbare und dadurch sehr riskante „Ameria-First-Strategie“ mit gravierenden Auswirkungen auf die Welthandelsordnung – gerade mit Blick auf die Strafzölle gegen die EU oder China. Doch Protektionismus und nationale Alleingänge sind in der globalisierten Welt mittelfristig zum Scheitern verurteilt. Gegenüber der neuen Führungsmacht China hilft nationale Abschottung nicht weiter.

Wie in einem Brennspiegel zeigen diese Entwicklungen, dass Nationalismus für EU-Mitgliedstaaten keine realistische Option ist. Das gilt gerade für Deutschland, wo die nationale Karte nicht nur von der AfD, sondern auch von der CSU und sogar von Teilen der Linken ausgespielt wird. Im Konzert der Großen des Welthandels werden wir nur als starkes, solidarisches Europa ernst genommen. Die Briten werden das nach dem Brexit zu spüren bekommen. Auch bei anderen Herausforderungen, wie der Flüchtlingsfrage oder der gerechten Besteuerung global agierender Konzerne, braucht Europa geeinte Schlagkraft.

FOTO: „DEMO-STAHLWERKE“: BÜRO MDEP-SCHUSTER

Protestaktion gegen chinesisches Stahldumping in Brüssel: Auch das Bremer Stahlwerk profitiert von einem starken Europa.

Zurzeit ist die EU weder stark noch solidarisch, sondern Teil einer Globalisierung, die soziale Spaltung zuspitzt und ökologische Anforderungen vernachlässigt. Deswegen wollen wir im kommenden Europa-Wahlkampf für ein neues Europa eintreten, das sozialen Fortschritt und Gerechtigkeit, die Steigerung von Beschäftigung durch eine Investitionsoffensive in regenerative Energien, nachhaltige Infrastruktur, Bildung und Digitalisierung mit einer neuen internationalen Solidarität verbindet. ■

FOTO: EUROPÄISCHES PARLAMENT

Joachim Schuster ist seit 2014 im EU-Parlament und Mitglied in den Ausschüssen Internationaler Handel sowie Beschäftigung und soziale Angelegenheiten. Zu seinen Schwerpunkten zählen der soziale Zusammenhalt, eine alternative Wirtschaftspolitik und die Freihandelsabkommen mit Afrika.

17. September 2018
Vortrag zu Perspektiven der EU
Auf Einladung des Ortsvereins Gartenstadt-Vahr spricht Joachim Schuster auf der Mitgliederversammlung: 19.30 Uhr, Jona-Gemeinde, Eislebenerstraße 58, Bremen.

– Anzeige –

AUFSTIEG BREIT FÖRDERN!

Fortbildungen sollen in allen Berufsgruppen finanziell unterstützt werden

Aufstiegsfortbildungen können eine Möglichkeit sein, um auf der Karriereleiter einen Schritt nach oben zu machen und verantwortungsvollere Tätigkeiten zu übernehmen. In Bremen sollen sie in der Breite gefördert werden.

In Bremen sollen Aufstiegsfortbildungen künftig gefördert werden – und dies in der Breite und nicht nur auf wenige Berufsgruppen beschränkt. Die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen hat der Bürgerschaft empfohlen, das Arbeitsressort mit der Erarbeitung eines entsprechenden Konzeptes zu beauftragen.

„Es ist die völlig richtige Entscheidung, die Förderung von Aufstiegsfortbildungen im Land Bremen breit anzugehen und nicht nach niedersächsischem Vorbild lediglich Handwerksmeister zu fördern, wie CDU und FDP dies in einem Antrag ursprünglich gefordert haben", betont die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sybille Böschen.

Aus einem Deputationsbericht gingen die Gründe für die Entscheidung klar hervor, so die Sozialdemokratin weiter. „Eine ausschließliche Förderung von Handwerks-Meisterprüfungen würde aufgrund der Wirtschaftsstruktur im Land Bremen nur eine kleine Gruppe betreffen und einen Großteil der Absolventinnen und Absolventen von Aufstiegsfortbildungen nicht berücksichtigen", erklärt Böschen. „Es ist also eine Frage der Gleichbehandlung und der Gerechtigkeit, eine möglichst große Gruppe in den Genuss dieser Förderung kommen zu lassen."

Zudem sei eine entsprechend breite Aufstellung der Förderung auch eine Frage der Gleichstellung von Frauen, macht Böschen deutlich. „Aus dem Bericht geht hervor, dass der Meistertitel als Prämiengrundlage dazu führen würde, dass nur zehn Prozent der Anspruchsberechtigten weiblich wären. Aus unserer Sicht ist es also unerlässlich, auch die Fortbildungen in jenen Bereichen zu fördern, in denen nach wie vor in erster Linie Frauen arbeiten, wie zum Beispiel in der Pflege und in Erziehungsberufen. Dies ist auch deshalb wichtig, weil gerade in diesen Bereichen Fachkräfte dringend gebraucht werden, die auch Leitungsaufgaben übernehmen können. Eine Förderung sollte also auch diese Berufsfelder berücksichtigen."

Böschen abschließend: „Wir begrüßen, dass das Ressort ein entsprechendes Konzept für eine breit aufgestellte Förderung erstellen will und werden dem in der Bürgerschaft zustimmen. Ich hoffe, dass wir damit schnell vorankommen und die Förderung auf den Weg bringen können. Denn nicht zuletzt wäre dies auch ein wichtiger Beitrag, um den Standort Bremen noch attraktiver zu machen." ■

KEINE KRANKHEIT!

SPD-Fraktion will Verbot von Therapien, die Homosexuelle „heilen" sollen

Homosexualität als Krankheit zu behandeln und „heilen" zu wollen, soll in Deutschland verboten werden. Die SPD-Fraktion hat einen Antrag auf den Weg gebracht, der den Senat auffordert, eine Bundesratsinitiative zu starten, die ein Verbot solcher sogenannter Konversionstherapien zum Ziel hat.

„Die Zeiten, als Homosexualität strafbar war oder im Diagnosekatalog der Weltgesundheitsorganisation stand, sind zum Glück lange vorbei", sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe. „Und doch lebt die absurde Idee, bestimmte sexuelle Identitäten oder geschlechtliche Orientierungen seien krankhaft, bis heute in Teilen der Gesellschaft fort." So böten selbsternannte „Homoheiler" fragwürdige Konversionstherapien an. Besonders im Umfeld streng religiöser Gruppierungen werde auch heute bei homo-, und teilweise auch bei trans- oder intersexuellen Jugendlichen und jungen Erwachsenen der Versuch unternommen, sie durch eine „Umpolungstherapie" zu „heilen".

„Der Weltärztebund hat dies bereits im Jahr 2013 deutlich als Menschenrechtsverletzung verurteilt, und einige europäische Länder haben Konversionstherapien inzwischen verboten", erklärt Tschöpe und betont: „Deutschland sollte dem folgen und diese sogenannten Therapien ebenfalls verbieten. Dafür machen wir uns stark, denn für uns steht fest: Homosexualität ist keine Krankheit, sondern ein Teil der menschlichen Natur!" ■

Sie ist das Symbol der Schwulen- und Lesbenbewegung: die Regenbogenflagge. Die SPD-Fraktion will erreichen, dass Therapien, die Homosexualität als vermeintliche Krankheit „heilen" sollen, verboten werden.

AUSSTELLUNG IN DEN RÄUMEN DER SPD-FRAKTION

Politische Kämpfe, Kulturveranstaltungen, Aufklärungskampagnen. Von bunter Vielfalt zeugen die Plakate, die in den letzten 50 Jahren die lesbisch-schwule Emanzipationsbewegung Bremens begleiteten. Gemalt, gedruckt und gezeichnet illustrieren sie auf ihre eigene kreative Weise lokale Zeitgeschichte. Ein Streifzug durch Bremer Archive lässt einige dieser Werke sichtbar werden. Eine Ausstellung dieser Plakate, die Hanna Wolff und Christian Linker zusammengestellt haben, ist seit Dienstag, 14. August, und noch bis zum 28. September in den Räumen der SPD-Fraktion zu sehen.

Von Amazonen und Stadtschmusetanten. Queere Geschichte(n) aus Bremer Archiven

Ausstellung in den Räumen der SPD-Fraktion, Wachtstraße 27/29, 28195 Bremen
Mo.-Do. 9 bis 17 Uhr / Fr. 9 bis 14 Uhr ■

FOTOS: S. HOFSCHLAEGER / PIXELIO.DE (OBEN)